

*Feinberg, Melissa: Elusive Equality. Gender, Citizenship, and the Limits of Democracy in Czechoslovakia, 1918-1950.*

University of Pittsburgh Press, Pittsburgh 2006, 275 S.

Die tschechische Frauenbewegung erhielt in den böhmischen Ländern für ihre zentralen Forderungen eine vergleichsweise breite Unterstützung: Im Jahr 1912 wurde die erste weibliche Abgeordnete in ganz Österreich-Ungarn in den böhmischen Landtag gewählt. Die Forderung nach dem Frauenwahlrecht konnte wenig später mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik im Jahr 1918 durchgesetzt werden. Die neue Verfassung garantierte die Gleichberechtigung der Geschlechter. Dagegen war von Anfang an umstritten, wie diese Gleichheit in öffentlichen und privaten Belangen interpretiert werden sollte. Anhand öffentlicher Debatten über die Auslegung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der neuen Verfassung von 1920 zeichnet Melissa Feinberg in ihrer Dissertation die Aushandlungsprozesse um ein neues Demokratieverständnis nach.

Das Buch ist in drei chronologisch geordnete Blöcke geteilt. Während das erste Kapitel eine Zusammenfassung der tschechischen Frauenbewegung und ihres gesellschaftlichen Rückhalts in den böhmischen Ländern vor 1918 liefert, liegt der zeitliche Schwerpunkt mit den Kapiteln 2 bis 5 auf der Zwischenkriegszeit, die gesondert in den Blick genommen werden soll. Kapitel 6 und 7 sind jeweils dem „Protektorat“ sowie der unmittelbaren Nachkriegszeit bis 1950 gewidmet, mit einem verstärkten Blick auf die Situation und das Agieren von tschechischen Frauenorganisationen in einem repressiven Umfeld.

Feinberg konzentriert sich auf folgende Themen: Die (Gleich-)Stellung der Frau im Familienrecht in Bezug auf Heirat, Scheidung, Unterhalt und Sorgerecht (Kap. 2), das Staatsbürgerschaftsrecht verheirateter Frauen (Kap. 3), die Regelung der Beschäftigung von Frauen im öffentlichen Dienst (Kap. 4) sowie Debatten über die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs (Kap. 5). Dabei wird nicht der Status Quo der Rechtsauslegung behandelt, sondern der Weg zu einem tragfähigen Konsens über die Auslegung von geschlechtlicher Gleichberechtigung. Der Weg zu einem durchsetzungsfähigen Kompromiss wurde dann ein langer: Keine dieser heftigen Debatten kam in der Zwischenkriegszeit zu einem Abschluss. Weder auf ein Familienrecht noch auf die Änderung des bestehenden Staatsbürgerschaftsrechts konnten sich die verantwortlichen Stellen während der gesamten Zwischenkriegszeit einigen; die Reformprojekte mussten 1938 notgedrungen auf Eis gelegt und konnten erst 1945 wieder aufgegriffen werden. Die Frage, ob eine verheiratete Frau im Staatsdienst angestellt sein durfte, zumal wenn ihr Ehemann dort ebenfalls arbeitete, wurde erst in der so genannten Zweiten Republik entschieden, allerdings zuungunsten der Gleichberechtigungsforderungen von Frauenorganisationen. Die langwierigen Verhandlungen zeugen nicht nur von der politischen Brisanz der Themen, sondern auch von sozialen, religiösen und moralischen Implikationen, die mit diesen Fragen verknüpft waren.

Der Ansatz, der dieser Studie zugrunde liegt, öffnet den Blick für ein breites Spektrum von Positionen. Er stellt zum einen die Stellungnahmen und Argumen-

tationsstrategien der im Mittelpunkt stehenden „tschechischen Feministinnen“ dar (S. 10 und S. 22 f.), allen voran des Nationalen Frauenrats (Ženská Národní Rada), der als Dachverband der Frauenbewegung die einflussreichste tschechoslowakische Frauenorganisation der Zwischenkriegszeit bildete (S. 53). Zum anderen werden die Positionen der involvierten politischen Organe beleuchtet, der spezifischen Ausschüsse, verantwortlichen Minister sowie des Parlaments. Einbezogen werden aber auch die Gegner solcher Forderungen, angefangen beim Bund katholischer Frauen und Mädchen (Svaz katolických žen a dívek) und anderen katholischen Organisationen über die tschechischen und slowakischen Volksparteien bis hin zur allgemeinen „Öffentlichkeit“ (S. 121).

Der am Ende eines jeden Kapitels offerierte kurze Vergleich mit der Situation in anderen Ländern Europas (und darüber hinaus) ist für die Kontextualisierung sehr hilfreich. Dabei zeigt sich, dass der Verlauf der parlamentarischen Debatten zu Familienrecht, öffentlichem Dienst sowie zum Thema Abtreibung ähnlich war wie in anderen, vor allem westeuropäischen Ländern. Obwohl Feinberg hier Parallelen zu anderen europäischen Gesellschaften herausarbeitet, betont sie doch, dass dieses Verhalten gerade im tschechischen Fall frappierend sei, habe es sich doch um einen Staat gehandelt, der sich ostentativ zu Demokratie und Gleichberechtigung bekannt habe (S. 70, S. 127). Als Zeichen für die Verletzlichkeit demokratischer Ideale wertet sie unter anderem das Abtreibungsverbot (S. 158).

Der Bereich, der in der Tschechoslowakei wesentlich restriktiver gehandhabt wurde als in den meisten anderen Staaten war das Staatsbürgerschaftsgesetz. In dem sehr gelungenen Kapitel zu diesem Themenfeld geht Feinberg weit über die Nationalstaatsgrenzen hinaus und stellt die Staatszugehörigkeitsfrage als internationales Problem dar. Ehefrauen übernahmen automatisch die Staatsbürgerschaft ihres Mannes. Während Frauen, die Ausländer heirateten, durch diese Regelung automatisch alle rechtlichen Brücken zur Tschechoslowakei verloren, wurde die Lage besonders prekär für Frauen, die z. B. staatenlos gewordene russische (1920er Jahre) oder deutsche (1930er Jahre) Flüchtlinge heirateten oder deren Ehemänner sich nach dem Cable Act von 1922 in den USA einbürgern ließen. Ohne eine neue Staatsbürgerschaft zu erhalten, verloren sie mit der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft auch alle Rechte auf soziale Unterstützung, den Zugang zum Gesundheitswesen sowie Arbeitsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst. Feinberg zeichnet internationale Bemühungen um die Behebung des Problems der Staatenlosigkeit nach, das nicht durch Regeln einzelner Nationalstaaten, sondern nur durch internationale Abkommen zu lösen war.

Nicht ganz nachzuvollziehen ist, warum sich Feinberg in ihrer Argumentation auf die tschechische Nation beschränkt. Während die Konzentration auf den (tschechischen) Nationalen Frauenrat als stärkster Propagator für Frauenrechte in der Tschechoslowakei vollkommen einleuchtend ist, überzeugt die Ausblendung anderer nationaler Gruppen nicht ganz: Gerade da es um Aushandlungen von Gesetzen geht, sind alle Staatsbürger und vor allem Staatsbürgerinnen gleich welcher Nationalität gleichermaßen betroffen. Zumindest bis 1938 wirkten sich keine der untersuchten Gesetzesvorlagen national spezifisch aus. Der tschechische Anteil machte aber nur etwa die Hälfte, der „tschechoslowakische“ Anteil zwei Drittel der

Gesamtbevölkerung im Staat aus. Auch nahmen andersnationale Akteure in Form von politischen Parteien (so S. 45, S. 149) an den vordergründig tschechischen Debatten teil. Im Gegensatz zu der in der Forschung gängigen Tendenz, die Tschechoslowakei anhand national organisierter Strukturen zu betrachten, hätte sich mit diesem Thema eine Möglichkeit geboten, die tschechoslowakischen Bürger jenseits nationaler Kategorien in den Blick zu nehmen.

Feinberg selbst begründet die Fokussierung auf tschechische Akteure mit deren besonderem Verhältnis zur Demokratie (S. 7). Diesem demokratischen Selbstbild stellt sie immer wieder die fehlende Bereitschaft für geschlechtliche Gleichberechtigung auch in der Privatsphäre gegenüber und deutet dies als eine inkonsequente Auslegung von Demokratie. Die Frage bleibt, ob ein solch ahistorisches Demokratieverständnis den Akteuren der Zwischenkriegszeit gerecht wird. Feinberg vertritt die These, dass die fehlende Bereitschaft, „the problem of difference“ anzugehen, als interner Faktor zum Scheitern der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit beigetragen habe (S. 8). Stattdessen sollte meines Erachtens überlegt werden, ob nicht eher die hier deutlich herausgearbeiteten langwierigen Prozesse, durch die viele zentrale Reformen nicht durchgesetzt werden konnten, zu einer Schwächung des Staates geführt haben.

Dennoch ist die Studie unbedingt zu empfehlen: als eine kohärente Erzählung jenseits der gängigen Interpretationen des Rechtswesens, der politischen Kultur und der Alltagsgeschichte der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit, aber auch jenseits von Beschreibungen nationaler Feindschaften und Versöhnungen. Die Studie bietet einen detaillierten Blick auf Geschlechterverhältnisse, rechtliche Grundlagen und daraus resultierende Situationen, die den Alltag vieler Frauen im öffentlichen und Privatbereich prägten.